

Übersicht



Der Bürgermeister
Hilden, den 13.04.2026
AZ.:

WP 25-30 SV 01/043

Mitteilungsvorlage

Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Rates der Stadt Hilden, Stand Juli 2026

Für eigene Aufzeichnungen: Abstimmungsergebnis			
	JA	NEIN	ENTH.
CDU			
SPD			
AfD			
Grüne			
FDP			
Linke			
BA Piraten			

öffentlich

Finanzielle Auswirkungen

Organisatorische Auswirkungen

☐ ja
☐ ja

☒ nein
☒ nein

☐ noch nicht zu übersehen
☐ noch nicht zu übersehen

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Hilden

08.07.2026

Kenntnisnahme

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden nimmt den nachfolgenden Sachstand zur Beschlusskontrolle seines eigenen Gremiums zur Kenntnis:

	Sitzungsvorlage	Beschluss/ Auftrag	Umsetzungsstand
	WP 20-25 SV 61/023 Antrag der SPD-Fraktion vom 28.01.2021: Bau und Betrieb eines Wohngebäudes für Menschen mit Behinderungen am 10.03.2021	Folgender Antrag wurde einstimmig beschlossen: Der Rat der Stadt Hilden beauftragt die städtische Wohnungsbaugesellschaft Hilden mbH, auf der voraussichtlich 877 m² großen Teilfläche auf dem Grundstück der ehemaligen Theodor-Heuss-Schule, eine anbietersverantwortete Wohngemeinschaft für Menschen mit Behinderung zu errichten.	Stand Juni 2026: Die Umsetzung des Beschlusses ist weiterhin in Bearbeitung. Das Bauleitplanverfahren (Bebauungsplan Nr. 59A) befindet sich in der Phase der Ausarbeitung des Bebauungsplan-Vorentwurfs. Der Bebauungsplan wird in enger Zusammenarbeit mit einem Investor gemäß § 4b BauGB erstellt und legt die wesentlichen Rahmenbedingungen – unter anderem für das im Antrag thematisierte Wohngebäude – fest. Sobald das Bauleitplanverfahren abgeschlossen ist, kann im nächsten Schritt gezielt ein geeigneter Betreiber für das geplante Wohngebäude für Menschen mit Behinderungen gesucht werden. Im Rahmen der Finalisierung des Bebauungsplan-Vorentwurfs wurde u.a. die Lage der Tiefgaragenzufahrt verlegt, um sowohl die Nutzbarkeit des geplanten WGH-Grundstücks zu verbessern als auch die Erschließung zu optimieren. Parallel dazu wurde der Kaufvertrag vor dem Hintergrund der geänderten TG-Zufahrt und der erforderlichen Flächen für das RRB zwischen Stadt und Investor weiter konkretisiert. Ein finaler Vertragsabschluss liegt noch nicht vor. Der Investor hat in Aussicht gestellt, das Projekt verstärkt voranzutreiben und eine prioritäre Bearbeitung zugesagt, sodass der Kaufvertrag zügig abgeschlossen werden kann. Als nächster Meilenstein für das Bauleitplanverfahren steht die Vorbereitung der frühzeitigen

			Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und Träger öffentlicher Belange an. Aufgrund der derzeit noch ausstehenden Unterlagen zum Bebauungsplanverfahren, ist zu erwarten, dass die Voraussetzungen für eine frühzeitige Beteiligung im 4. Quartal 2026 vorliegen können.
Beschlusskontrollen aus der Sitzung des Rates vom 13.12.2022			
	WP 20-25 SV 51/180 Antrag SPD vom 22.08.2022 "Menstruationsartikel an weiterführenden Schulen"	Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, wie die kostenlose Ausgabe von Menstruationsartikeln an allen weiterführenden Schulen unterschiedlicher Schulform und Trägerschaft in Hilden zeitnah realisiert werden kann. Denkbar ist die Anschaffung hygienischer und vandalismussicherer Spender für Damenbinden und Tampons, die eine kontrollierte Ausgabe ermöglichen. Eine Darstellung der zu erwartenden Kosten sowie Stellungnahmen aller weiterführenden Schulen sind dem Konzept beizufügen. Eine Testphase an ausgewählten Schulen ist durchzuführen.	Stand Juni 2026: Trotz erheblicher Bedenken aus dem Bereich Schule wurde an der MCS im ersten Halbjahr des Schuljahres 2024/2025 eine Testphase mit Automaten durchgeführt. Dabei zeigte sich, dass die bereitgestellten Hygieneartikel teilweise zweckentfremdet wurden und ungenutzt in den Toiletten sowie auf dem Außengelände der Schule zurückblieben. Die Verwaltung konnte das Projekt im Rahmen der verfügbaren Personalkapazitäten nicht weiter begleiten. Die Erweiterung der Testphase an anderen Schulen wurde von den dortigen Schulleitungen abgelehnt.
Beschlusskontrollen aus der Sitzung des Rates vom 26.06.2024			
	WP 20-25 SV 26/061 Erweiterung des Bürgertreffs Lortzingstraße um zwei Kita-Gruppen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2024 - Antrag des Jugendamtselternbeirats vom 13.03.2024	Um den aktuellen Notstand bei der Versorgung mit Kitaplätzen kurzfristig zu lindern, soll der Bürgertreff an der Lortzingstraße durch eine zweigruppige Erweiterung der dort bereits bestehenden Kita ausgebaut werden.	Stand Juni 2026: Die Projektplanung verlief bis zur Baugenehmigung planmäßig und erfolgreich. Im weiteren Verlauf des Projekts wurden jedoch in Teilen der Ausschreibungsunterlagen, die der Stadtverwaltung vorgelegt wurden, Mängel festgestellt. Das Amt für Gebäudewirtschaft hat darauf auf Grundlage der rechtlichen Rahmenbedingungen des Bauvertragsrechts konsequent reagiert: Die Nachbesserung der Planungsleistungen wurde mehrfach eingefordert, zusätzliche Fachkompetenz hinzugezogen und personelle

			Anpassungen beim Auftragnehmer veranlasst. Auch eine vollständige Neuvergabe der Planungsleistungen wurde geprüft. Diese hätte jedoch weitergehende Risiken für den Zeitplan, die Kostenentwicklung und die Qualität des Projekts mit sich gebracht. Vor diesem Hintergrund wurde entschieden, die bestehende Zusammenarbeit fortzuführen und gleichzeitig die Steuerung des Projekts gezielt zu verstärken. Das Projekt wird weiterhin mit Nachdruck vorangetrieben. Ziel bleibt eine qualitativ hochwertige und verlässliche Umsetzung. Die Fertigstellung ist nun für das Frühjahr 2027 mit Eröffnung zum Kita-Jahr 2027/28 geplant.
Beschlusskontrollen aus der Sitzung des Rates vom 17.12.2024			
	WP 20-25 SV 26/069 263-24 Antrag der Fraktion Bündnis '90/DIE GRÜNEN vom 11.06.2024: Aufschaltung der Brandmeldeanlage für das Archiv	Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Brandmeldeanlage im städtischen Archiv mit der Feuerwehr zu verbinden, um ein unverzügliches Eingreifen im Brandfall zu garantieren.	Stand Juni 2026: Die Arbeiten zur Installation der neuen Brandmeldeanlage mit Aufschaltung auf die Feuerwehr werden im Juni/Juli 2026 durchgeführt.
	WP 20-25 SV 01/197 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen v.10.09.2024; Infokampagne Klimaneutrale Stadt	Beteiligung an der kreisweiten Website des Kreises Mettmann	Stand Februar 2026: Der Beschluss wurde umgesetzt.
Beschlusskontrollen aus der Sitzung des Rates vom 09.07.2025			

	WP 20-25 SV 80/037 Antrag der SPD vom 16.05.2025: Inklusion auf der Ausbildungs- und Studienbörse	Der Änderungsantrag der CDU wurde i.d. Sitzung des Rates am 09.07.2025 mehrheitlich angenommen: Die CDU Hilden beantragt, bei der Durchführung der Ausbildungsbörse eine „Stille Stunde“ einzurichten. Vorzugsweise am Anfang der Ausbildungsbörse.	Stand April 2026: Realisierung bei der Ausbildungs- und Studienbörse am 9. Mai 2026: Zu Beginn der Ausbildungs- und Studienbörse wird eine "Stille Stunde" im Rahmen des Möglichen dieser stark frequentierten Veranstaltung umgesetzt und das Thema Inklusion mit weiteren Ergänzungen berücksichtigt. Die erste Stunde wird etwas ruhiger ablaufen und ist üblicherweise auch noch weniger stark frequentiert. Die ausstellenden Unternehmen und Institutionen werden gebeten, auf Musik, Beschallung etc. in der ersten Stunde zu verzichten. In Absprache mit dem Evangelischen Schulzentrum stehen an der Aula und an der Sporthalle jeweils ein Raum für Einzelgespräche zur Verfügung. Zusätzlich wird an der Veranstaltung erstmals eine Inklusionsberatung der IHK vor Ort sein, sowohl Ausbildungsplatzsuchende als auch Unternehmen über Unterstützungsmöglichkeiten und Fördermittel informiert.“
Beschlusskontrollen aus der Sitzung des Rates vom 15.04.2026			
	WP 25-30 SV II/002, Beitritt zum Netzwerk sicher im Dienst	Die Stadt Hilden tritt nach Ratsbeschluss dem Netzwerk „Sicher im Dienst“ bei und erarbeitet im Zuge des Beitritts eine zu veröffentlichende Grundsatzerklärung gegen Gewalt am Arbeitsplatz.	Stand Mai 2026: Die Stadt Hilden ist zum 01.05.2026 dem landesweiten Netzwerk sicher im Dienst beigetreten.

	WP 25-30 SV 01/040 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.01.2026: Zeitrahmen für die Bereitstellung von Niederschriften	Der Antrag wurde unter der Prämisse zurückgezogen, dass die Verwaltung eine KI-Lösung zur Erstellung der Niederschriften testet – möglichst bereits in einer der nächsten Sitzung.	Stand Juni 2026: Unter Beteiligung des Bürgermeisterbüros, der Digitalisierung, IT sowie des Datenschutzbeauftragten hat ein verwaltungsinterner Abstimmungstermin stattgefunden. Auf dieser Grundlage wird derzeit ein Anforderungskatalog bzw. Leistungsverzeichnis erarbeitet und abgestimmt. Der aktuelle Zeitplan sieht vor, in den Sommermonaten Produktpräsentationen verschiedener Anbieter durchzuführen. Nach den Sommerferien soll anschließend die Testphase beginnen. Der Personalrat wurde bereits beteiligt.
---	--	--	---

Erläuterungen und Begründungen:

Der Rat der Stadt Hilden erhält von der Verwaltung halbjährlich einen Sachstandsbericht über die Umsetzung politisch initiiertter Beschlüsse.

Erfasst werden alle abschließend im Rat gefassten Beschlüsse, die einen Handlungsauftrag an die Verwaltung enthalten und

- ➔ auf Grund von Anträgen der Fraktionen gefasst wurden oder
- ➔ auf Initiative des Gremiums ergänzt oder geändert wurden.

Gemäß Beschluss des Rates vom 14.09.2022 ist zusätzlich über die Umsetzung beschlossener Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW im Rahmen der Beschlusskontrolle zu berichten.

gez.
 Dr. Claus Pommer
 Bürgermeister

Klimarelevanz:

Die Beschlusskontrolle hat keine Klimarelevanz.

Inklusionsrelevanz:

Die Beschlusskontrolle hat keine Klimarelevanz.

